

LANDESPOLIZEI

Wie viel und welche Polizei braucht Schleswig-Holstein?



Fotos: GdP Schleswig-Holstein
Gegenüber der Presse stellte die Landes-GdP das Positionspapier vor.

Ein Positionspapier der Gewerkschaft der Polizei Schleswig-Holstein über personelle Heraus- und Anforderungen dieses Jahrzehnts.

Rückblick:

Im Februar 2016 erarbeitete die GdP in Schleswig-Holstein ihre Gedanken zur zukunftsicheren Aufstellung der Landespolizei in Schleswig-Holstein. Dieses Papier fand in erheblichem Umfang politisches Gehör. Der bisher geplante Stellenaufbau befindet sich auf der Zielgeraden. 2023 wird die Landespolizei ungefähr 500 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sowie etwa 100 Tarifbeschäftigte zusätzlich zur Unterstützung implementiert haben.

Die GdP hat von Anfang an klar gesagt, dass sie nicht sagen kann, ob die bisherigen Anstrengungen am Ende reichen. Es ist daher Zeit für eine

Bestandsaufnahme:

Die Strukturverbesserungen in der Bewertung der Arbeit der Landespolizei mit insgesamt ca. 1.000 Stellenhebungen beginnen zu wirken. Die Erschwerniszulagen wurden in vielen Bereichen erhöht. Die Wochenarbeitszeitverkürzungen für langjährig Schichtdienstleistende befinden sich in Umsetzung.

Ein verändertes Polizeigesetz ist in Planung, um Handlungssicherheit und Schutz im präventiven polizeilichen Vorgehen zu gewährleisten. Hier wird sich die GdP intensiv, aber auch konstruktiv kritisch in die Diskussionen einbringen.

Grundvoraussetzung für ein Gelingen ist Verlässlichkeit und gegenseitiges Vertrauen.

Bürgerinnen und Bürger und Politik können sich auf rechtsstaatliches Handeln ihrer Polizei verlassen und ihrer Polizei vertrau-

en. Polizei muss sich auf Regierungshandeln verlassen und vertrauen können. Die Beschäftigten in der Polizei müssen ihrer Polizeiführung vertrauen, und Polizeiführung muss ihren Beschäftigten vertrauen.

Ziel:

Wir wollen eine moderne, motivierte, gut ausgebildete und ausgerüstete und gesunde Polizei für alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein.

Wir wollen:

- Polizistinnen und Polizisten beim Bürger in den Städten, Gemeinden und Quartieren, keine Bürgerwehren,
- Gewährleistung der erforderlichen Bearbeitung von Strafanzeigen und qualitative Verfolgung bei Ermittlungsansätzen, keine reine Kriminalitätsverwaltung,
- dauerhaft gute Arbeitsbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen, keine krankmachenden Dienstformen,
- ausreichend personelle Möglichkeiten, um auftretenden Phänomenen und Entwicklungen, wie z. B. der Terrorgefahr, Hasskriminalität, Bedrohungen und Hetze im Netz, wirksam begegnen zu können.

GdP-Forderungen:

Um alles dies auf Dauer zu erreichen, bedarf es **angepasster** politischer Zielsetzungen in Bezug auf die Personalstärke, Personalstruktur und Arbeitsbedingungen und

den festen politischen Willen und Mut, dies umzusetzen.

Die Landespolizei entwickelt sich ständig weiter. Die Anforderungen an unsere Kolleginnen und Kollegen steigen ständig. Terrorbekämpfung, Sicherung digitaler Spuren, Demonstrationsgeschehen, die Komplexität der Sachbearbeitung, rechtsstaatliche Ansprüche an die Beweiserhebung, aber auch der tägliche Umgang mit den Sachverhalten des polizeilichen Einzeldienstes machen eine Anpassung der Ausstattung der Landespolizei erforderlich.

1.) Erhöhung der Personalstärke um mehr als 700 Stellen

Dazu ist es notwendig, in den nächsten Jahren die hohen jährlichen Einstellungen beizubehalten und zur Beschleunigung des notwendigen weiteren Personalaufbaus noch zu erhöhen. 500 Einstellungen jährlich (bisher maximal 400) sollten mit gemeinsamen Anstrengungen der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung (PDAFB) und der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD) möglich sein.

Gleichzeitig müssen die Aufstiegsmöglichkeiten in die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt deutlich erweitert werden. Die bisherigen 25 Aufstiegsplätze für den mittleren Dienst sind zu wenig und sorgen für Frust bei sehr gut qualifizierten Kolleginnen und Kollegen.

Die Ausbildungsstätten sind dafür umgehend personell und räumlich auszustatten. Das Fehlen der Aufsteiger für den Regeldienst während des Studiums ist zu berücksichtigen.



Wofür wird dieses Personal u. a. eingesetzt bzw. benötigt?

- Wir benötigen dringend endlich die komplette 2. Einsatzhundertschaft, um professionell auf die Herausforderungen reagieren zu können, **ohne den** polizeilichen Regeldienst zu schwächen, sowie eine erhöhte Planungssicherheit für Polizeiführung und Beschäftigte zu erhalten (**ca. 160 Polizistinnen und Polizisten**).

Auszug Jamaika-Koalitionsvertrag S. 77: „In einem zweiten Schritt werden wir daraus eine zusätzliche feststehende Einsatzhundertschaft aufstellen, um die Reaktionsfähigkeit bei Großdemonstrationen zu verbessern und die Beamtinnen und Beamten des polizeilichen Einzeldienstes dauerhaft von zusätzlichen Demonstrationseinsätzen zu entlasten.“

- Die spezialisierte Verkehrsüberwachung muss wieder in einem erforderlichen Maße als originäre polizeiliche Aufgabe wahrgenommen werden (**ca. 50 Polizistinnen und Polizisten**).
- Die Aufgaben- und Organisationsreduzierung der Wasserschutzpolizei muss korrigiert werden (**ca. 40 Polizistinnen und Polizisten**).
- Aufwachsendes Personal im Vollzug sorgt zwingend auch für mehr Verwaltungsbedarfe in Stäben und generell im Backup. Eine Betrachtung dieses Mehraufwandes ist bisher nicht erfolgt (**ca. 50 Stellen**).
- Ermittlungsunterstützung durch Cyber-spezialisten/IT-Datenauswertespezialisten in der Fläche und im Landeskrimi-

nalamt durch Informatiker oder Menschen mit ähnlichen Qualifikationen; die Digitalkompetenz insbesondere auf den Ermittlungsdienststellen in der Fläche muss gestärkt werden (**ca. 60 Stellen**).

- Internetmonitoring, Terrorbekämpfung, Umgang mit Gefährdern, Hasskriminalität (**ca. 30 Stellen**).
 - Vermögensabschöpfung (**ca. 20 Stellen**).
 - Programm 2020, Betreuung ultramobile Polizeiarbeit (**ca. 50 Stellen**).
 - Die Umsetzung von arbeitsschutz- und arbeitszeitrechtlichen Notwendigkeiten muss zwingend gegengerechnet werden (stille Bereitschaften, rechtlich bedenkliche Rufbereitschaften z. B. bei SEK und MEK, Wochenarbeitszeitverkürzung, Rüst- und Umziehzeiten ... (**ca. 200 Polizistinnen und Polizisten**).
 - Reaktivierung der polizeilichen Fortbildung. So ist auch eine politische Fortbildung zwingend (**ca. 30 Stellen**).
 - Die personellen Kapazitäten in der PDAFB und der FHVD auch für die Ausbildung gestärkt werden (**ca. 20 Stellen**).
- Sollten sich die Einstellungszahlen wie vorgeschlagen erhöhen, sind hier weitere Bedarfe zu berücksichtigen!**
- Stärkung eines psychosozialen Dienstes in der Landespolizei. Zwei Psychologinnen für eine Landespolizei sind zu wenig (**ca. 10 Stellen mehr**) – nach Möglichkeit Psychologen mit psychotherapeutischen Fähigkeiten

Auszug Jamaika-Koalitionsvertrag S. 76: „Wir werden uns für (...) eine verbesserte psychologische Nachsorge, (...) einsetzen.“

- Stärkung des polizeiarztlichen Systems, um den Fürsorgeaspekt in einem gefähr-

lichen Beruf zu stärken (**drei zusätzliche Ärztinnen oder Ärzte**).

- Polizeivollzugsbeamte müssen in geschlossenen Einsätzen als Rettungssanitäter zur Verfügung stehen (**ca. zehn Polizistinnen und Polizisten**).

Die in Summe durchaus erheblichen weiteren Personalbedarfe lassen sich in der Begründung auch durch einen erheblich steigenden Mehrarbeitsstundenstand und einen permanent hohen Krankenstand in der Landespolizei plausibel begründen.

Über- und Mehrarbeitsstunden sind in einer Zahl von mehr als einer halben Million Stunden zum Jahresabschluss 2019 festzustellen. Alleine diese Zahlen entsprechen einem Gegenwert von **319 Polizistinnen und Polizisten**. Eine permanente Mehrbelastung führt nach einer gewissen Zeit zu krankheitsbedingten Ausfällen. Hier sind nicht nur Ausgebranntheit, Erschöpfung oder gar Burn-out zu nennen, sondern sie bewirkt durchaus andere Erkrankungen. Bluthochdruck, erhöhte Infektanfälligkeit, verzögerte Wundheilung, Gewichtszunahme, Kopfschmerzen/Migräne, Hörsturz oder gar Tinnitus.

Die Landespolizei „leidet“ nach wie vor unter einem sehr hohen Abwesenheitskrankenstand von annähernden 10 Prozent – in unfassbaren Zahlen ausgedrückt bedeuten diese durchschnittlich 800 Kolleginnen und Kollegen, die im täglichen Dienst fehlen. Bei Polizeivollzugsbeamten kommen auf diese Situation noch sogenannte Teildienstunfähigkeiten (Nachtdienstbefreiung, Befreiung von geschossenen Einsätzen u. Ä.) obendrauf. Im Dienst befindliche „gesunde“ Kolleginnen und Kollegen werden dadurch mehr und oft überbelastet – ein Teufelskreis!

2.) Gute und gesunde Arbeitsbedingen und Entlastung in belastenden Dienstformen

- Rückkehr zum Prinzip der Vermeidung von Mehrarbeit anstelle von Vergütung. Dazu muss Mehrarbeit teurer werden und



Redaktionsschluss

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Mai 2020 ist am Donnerstag, 2. April 2020.

DP – Deutsche Polizei
Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 17091
Telefax (0431) 17092
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Thomas Gründemann (V.i.S.d.P.)
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 17091
gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Kindergeld ab März 2020 nicht mehr vom DLZP, sondern von der BA.

Achtung! Meldung an Riester-Anbieter nicht vergessen.

Ab März 2020 wird für alle beamteten Kindergeldbezieher das Kindergeld nicht mehr vom Land (DLZP), sondern von der Bundesagentur für Arbeit (BA) gezahlt. Von der BA sind im Monat März alle Kindergeldbezieher inkl. der neuen Kindergeldnummer angeschrieben worden. Wir möchten Euch darauf hinweisen, dass alle diejenigen, die einen Riestervertrag haben, dem Vertragspartner die neue Kindergeldnummer mitteilen müssen. Diejenigen, die eine sogenannte „GdP-Rente“ bei unserem Vertragspartner Signal-Iduna abgeschlossen haben, übermitteln bitte die neue Kindergeldnummer im vereinfachten Verfahren per Mail an: info@signal-iduna.de
 Versicherungsnehmer: Max Mustermann +++ GdP-Rente Vertragsnummer: xxxxxxxxxxxx +++ neue Kindergeldnummer (11-stellig) der Familienkasse ab März 2020 Bundesanstalt für Arbeit – **Andreas Kropius**



Eingriffe in den genehmigten Dienstplan monetär oder durch Zeitgutschriften vergütet werden.

- Die Wochenarbeitszeit ist generell auf 35 Stunden zu verkürzen. Die Umsetzung der Arbeitszeitreduzierungen in ungünstigen Dienstformen duldet dabei aus gesundheitlichen Gründen keinen Aufschub.

Die Definition der ungünstigen Dienstformen muss weiter gefasst werden, sodass auch ältere Kolleginnen und Kollegen, die nicht im typischen Wechselschichtdienst tätig sind, aber ebenfalls viele Nachtdienststunden ableisten, schon jetzt von Wochenarbeitszeitreduzierungen profitieren können. **Die jährliche Definitionsgrenze von**

440 nachweisbaren Nachtdienststunden muss gesenkt werden!

- Verkürzungsmöglichkeiten der Lebensarbeitszeit durch langjährige Tätigkeit in schwierigen Dienstformen.

Auszug Jamaika-Koalitionsvertrag S. 77: „Unser Ziel ist es, dass erhöhte Anforderungen und wissenschaftlich anerkannte Gesundheitsbelastungen durch den Schichtdienst bei der Festlegung der Wochen- und Lebensarbeitszeit ihre Berücksichtigung finden.“

Die Attraktivität des Polizeiberufes darf nicht alleine durch temporäre, monetäre Erschwernisausgleichszahlungen „vorgegaukelt“ werden. Die GdP fordert deshalb:

- die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage (im Justizvollzug vergleichbar der sog. Gitterzulage),
- den Wegfall der Eigenbeteiligung bei der Heilfürsorge und der Selbstbehalte in der Beihilfe.

Zeit ist die Währung der Zukunft. Auch im Beamtenrecht wird diese Erkenntnis eine wesentliche Rolle spielen. Sind Zeit oder Geld eine Alternative bei zukünftigen Beamten- und Besoldungsrechtsentwicklungen? Im Zweifel sollten die Beamtinnen und Beamten die Auswahl bei der Gestaltung zukünftiger Dienstverhältnisse haben. Dafür werden wir uns einsetzen! ■

HILFS- UND UNTERSTÜTZUNGSFONDS FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

Schmerzvoller Polizeieinsatz

Neumünster/tg – Es war ein Polizeieinsatz am 19. Oktober am ZOB in Neumünster vergangenen Jahres, den Anja U. (42) und Felix K. (33) nie vergessen werden.

Eigentlich sollten die beiden Polizeibeamten am Sonnabend gegen halb neun abends einen Streit zwischen einem 16- und einem 17-Jährigen schlichten.

Dann wurden sie aber überraschend selbst zum Ziel von Attacken. Unvermittelt habe der 17-Jährige auf die beiden Polizeibeamten eingeschlagen. Erst nach einem Einsatz von Pfefferspray und mit der Unterstützung weiterer Einsatzkräfte konnte der junge Angreifer festgenommen und in Gewahrsam verbracht werden. Insgesamt waren acht Polizeibeamte in der Holstenstadt im Einsatz, um die Situation zu beruhigen. Aber damit nicht genug: Auch im Gewahrsam war der Aggressor nicht zu beruhigen und versuchte weiter, die Einsatzkräfte zu traktieren. Und das mit schmerzhaften Folgen für die eingesetzte Hauptmeisterin und den Polizeikommissar. Sie waren danach nicht mehr dienstfähig und in der Folge krankheitsbedingt nicht mehr im Dienst: Anja U. nach einem Riss der Bänder in der linken Hand ins-

gesamt zwei Monate und Felix K. nach einem gebrochenen Finger über drei Monate bis Mitte Januar. Es habe zudem eine Zeit gedauert, bis sie den Vorfall psychisch verarbeitet hätten, räumten die beiden Polizisten ein. „Der junge Mann stand derart unter Betäubungsmitteln, dass er eine absolute Schmerz-Resistenz hatte“, erinnerte sich Anja U., als sie gemeinsam mit Felix K. aus den Händen von Klaus Schlie, dem Vorsitzenden des „Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not“, kurz: HUPF, den Gutschein für eine einwöchige Kur in Oberbayern mit ihren Familien entgegennahm. In 150 ähnlichen Fällen hat der seit 2001 bestehende Fonds im Dienst verletzte Polizisten und deren Angehörige unterstützt. Annähernd 220.000 Euro wurden dabei ausgeschüttet.

Klaus Schlie zeigte sich der Übergabe im Beisein von Karl-Hermann Rehr, dem HUPF-Schatzmeister, sehr berührt: „Wir sind uns im Klaren, dass diese Unterstüt-

zung weder eine Verarbeitung der Erlebnisse noch eine Wiedergutmachung sein kann, sie ist aber ein wichtiges Zeichen gesellschaftlicher Solidarität“, unterstrich der Landtagspräsident. ■



Klaus Schlie (r.) mit den beiden betroffenen Polizisten.



INTERVIEW

Zusammenarbeit ist von Offenheit, Vertrauen und Respekt geprägt

Interview mit dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein, Dr. Cebel Kücükkaraca.

Text/Foto: Gründemann



Eutin/tgr – Mitte Januar ist der PD AFB Eutin der Titel „Schule ohne Rassismus. Schule mit Courage“ verliehen worden. GdP-Landesredakteur Thomas Gründemann tauschte sich mit dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein, Dr. Cebel Kücükkaraca, aus. Dabei ging es unter anderem um das Verhältnis der PD AFB zur Türkischen Gemeinde und die Titelvergabe an die PD AFB. Dr. Cebel Kücükkaraca wurde 1955 geboren, ist 2015 mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

Herr Kücükkaraca, wie bewerten Sie Ihr Verhältnis bzw. das der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein zur PD AFB Eutin? Kann man von einem vertrauensvollen Verhältnis sprechen?

Dr. Cebel Kücükkaraca: *Bisher haben wir sehr gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit gemacht, die von Offenheit, Vertrauen und Respekt geprägt war. Das Ziel der Polizeischule ist, verantwortungsvolle Polizeibeamte auszubilden, die sich für unsere Gesellschaft einsetzen. So ein Ziel kann man nur unterstützen.*

Es gab Einzelfälle von Ereignissen, durch die die PD AFB negativ in die Schlagzeilen geraten war. Sehen Sie in der Polizeischule in Eutin in puncto „Rassismus“ ein Problem?

Dr. Cebel Kücükkaraca: *Nein, unsere Polizei setzt sich aus Bürgern in Uniform zusammen und stellt damit einen Querschnitt unserer vielfältigen Gesellschaft dar. Die meisten Menschen in Deutschland und damit auch unsere Polizisten haben überhaupt kein Verständnis für Rassismus und Rassisten. Wenn*

in der Vergangenheit Probleme aufgetreten sind, haben die Landespolizeiführung wie auch politische Führungskräfte notwendige Schritte zu unserer Zufriedenheit unternommen. So wie Migranten nicht unter Generalverdacht für die Verfehlungen Einzelner gestellt werden wollen, möchten wir auch nicht unsere Polizei einem derartigen Verdacht ausgesetzt sehen. Sie macht tolle Arbeit und wir fühlen uns in Schleswig-Holstein sicher.

Wie bewerten Sie als Vorsitzender der Türkischen Gemeinde SH die Titelvergabe an die PD AFB?

Dr. Cebel Kücükkaraca: *Die Titelvergabe ist ein guter Anlass, sich an die Aufgabe und Verantwortung zu erinnern, trotz wandelnder Verhältnisse in der Gesellschaft, Rassisten entschlossen entgegenzutreten. Auch die Polizei spielt im Kampf gegen Rassismus eine*

wichtige Rolle. Umso schöner ist es, wenn junge Beamte diese Verantwortung schon in der Ausbildung vor Augen geführt bekommen und die Aufgabe aktiv annehmen.

Wie sehen Ihre Kontakte als Vorsitzender der Türkischen Gemeinde zur PD AFB in Eutin aus?

Dr. Cebel Kücükkaraca: *Wir haben in den letzten 15 Jahren ein hervorragendes Arbeitsverhältnis entwickelt und unterstützen die Schule und junge Menschen, die Polizisten werden wollen, nach Kräften. Viele junge Migranten möchten gerne Polizist werden und sich auf diese Art in den Dienst der Gesellschaft stellen. Die Schule wie auch die Landesregierung haben uns immer viel Offenheit und Vertrauen entgegengebracht. Wir sind dafür dankbar und freuen uns, wenn die Zusammenarbeit so weitergeht. ■*

Tauschpartner in SH gesucht – Biete NRW!

32-jährige Kriminalkommissarin in NRW, Besoldung A 9, sucht einen Tauschpartner in Schleswig-Holstein. Ich bin derzeit in der Kreispolizeibehörde Heinsberg (Nähe Mönchengladbach, Düsseldorf, Aachen, Köln) eingesetzt.

Wunschbehörde meinerseits ist in SH **Flensburg!**

Zwingend notwendig ist für einen Wechsel nach NRW: Der Tauschpartner muss im gehobenen Dienst sein. Der Tauschpartner darf für NRW in der Probezeit sein. Besoldungsgleiche Austauschversetzungen, derzeit wäre entsprechend A 9 perfekt. Die Koordinationsstelle NRW teilte mir mit, dass A 10 oder A 11 im Tausch auch möglich wäre. Es dürfen keine aktuellen Straf- und Disziplinarverfahren vorliegen sowie kein Verfahren zur Überprüfung der Polizeidienstfähigkeit. Der Tauschpartner muss polizeidiensttauglich sein.

Für die Versetzung in die Wunschbehörde wichtig: Eine Versetzung in die Wunschbehörde in NRW ist in den meisten Fällen möglich, unabhängig von meiner derzeitigen Verwendungsbehörde. Ringtausch ist möglich.

Erreichbarkeit: natalie.doerenkamp@polizei.nrw.de oder natalienrw-sh@web.de o 24 51/9 20 56 24



Foto: GdP Schleswig-Holstein



SCHÜLERPRAKTIKUM

Ein tolles Praktikum und mit der Streife unterwegs

Schülerpraktikum bei der GdP

Nicole Patoka

Kiel – Am 20. Januar um acht Uhr morgens begann mein neuntägiges Praktikum bei der GdP Schleswig-Holstein. Ich wurde freundlich empfangen und lernte die Mitarbeiter kennen. Am ersten Tag hatte ich nicht viel zu erledigen.

An meinem zweiten Tag besuchte ich die Auszubildenden der Polizei zur regelmäßigen Sprechstunde der GdP an der Fachhochschule in Altenholz.

Einige Tage später durfte ich an einer wichtigen Sitzung teilnehmen und arbeitete zusammen mit Susanne Rieckhof an Werbekampagnen für den Business Run und den Zweiten GdP-Familientag am 6. September 2020. Zwischendurch schredderte ich einige Akten, erstellte Reisegutscheine, sortierte Nachlieferungen für Gesetze ein und beschriftete Ordner. Die erste Woche meines Praktikums verging wie im Flug, und es machte mir sehr viel Spaß, dort zu arbeiten. In der zweiten Woche gab es ebenfalls viel zu erledigen.

Auch an einer Streifenfahrt, die für mich organisiert wurde, durfte ich teilhaben. Am 28. Januar um 12.30 Uhr kam ich auf dem 1. Polizeirevier Kiel an. Ich wurde freundlich empfangen und durfte mich im Aufenthaltsraum zu den Polizeibeamten set-

zen. Dort besprachen sie, welche Kollegen zusammen eine Schicht übernehmen werden. Ich wurde den beiden Polizisten Calvin Lührs und Endre Hartz, die beide Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind, zugewiesen. Diese zeigten mir zuerst das Revier und erklärten mir vieles. Ich erhielt eine Schutzweste und eine Armbinde mit der Aufschrift „Praktikant“. Kurz darauf ging es auch direkt los zum ersten Einsatz. In einem Parkhaus war eine ältere Dame mit ihrem Auto gegen die Garagenwand gefahren. Als wir dort ankamen, protokollierten die Polizisten alles, klärten noch einige Dinge ab. Anschließend begaben wir uns zum nächsten Fall. Die Einsätze des Nachmittags in der Spätschicht umfassten eine große Bandbreite: Es ging von Diebstahl über Streitigkeiten im Straßenverkehr und im Flüchtlingsheim bis zu einem Falschfahrer auf der Autobahn. Wir fuhren viel unter Nutzung der polizeilichen Sonderrechte (mit Blaulicht und Sirene) durch Kiel. Das war für mich persönlich sehr aufregend. Zwischen den Einsätzen zeigten die beiden Polizeibeamten mir das Kieler Polizeigewahrsam und die Kriminalpolizei. Außerdem fuhren wir zum Holstein-Stadion, wo sich die Polizei-

obermeisteranwärter befanden und für Einsätze im und am Stadion trainierten. Als wir zwischendurch auf dem Polizeirevier waren, waren alle Mitarbeiter sehr humorvoll und freundlich. Ebenfalls wurde mir Kaffee und Kuchen angeboten. Nach dem letzten Auftrag gegen 20 Uhr wurde ich nach Hause gefahren. Insgesamt hatte ich einen sehr aufregenden und informationsreichen Nachmittag. Ich habe neue Erfahrungen gesammelt und zwei sehr freundliche Kollegen kennengelernt. Ich könnte mir vorstellen, nach meinem Abitur den Beruf der Polizistin zu erlernen.

An meinem letzten Praktikumstag besuchten wir den Hansapark, um dort einige Sachen für den Familientag für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei zu organisieren.

Ich bedanke mich bei der GdP für ein tolles zweiwöchiges Praktikum und das Organisieren der Streifenfahrt. Auch an das 1. Polizeirevier ein großes Dankeschön für die tolle Aufnahme und einen spannenden Nachmittag. Danke für die wertvollen Erfahrungen, die ich auf der Geschäftsstelle sammeln durfte. Ich kann es nur weiterempfehlen, dort ein Schülerpraktikum zu machen. ■

REGIONALGRUPPENTERMIN

Einladung!

AFB

Jahreshauptversammlung am 15. Juni 2020, 16 Uhr, bei Werner, Hubertushöhe, Eutin. ■



VERSCHIEDENES



Foto: GdP Schleswig-Holstein

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Fühlen uns im Stich gelassen

Situation um das marode Polizeidienstgebäude in Itzehoe verschärft sich.

Itzehoe – Große Unruhe herrscht zurzeit bei der Polizei in Itzehoe. Vor allem der desolate Zustand des Dienstgebäudes bringt die Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen wieder auf Zinne.

Bereits in der Vergangenheit war der Zustand des maroden Baus in der Großen Paarsburg Gegenstand von GdP-Kritik. Die Gebäudeproblematik habe sich in jüngster Zeit noch weiter verschärft, wie Peter Berndt, der Vorsitzende der Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen, in einer Pressemitteilung berichtet. Es hätten sich immer wieder Teile aus der Fassade gelöst, die in den Innenhof und auch auf den Vorplatz zur Straße gefallen seien. „Daraufhin wurde die Fassade mehrmals in Augenschein genommen und brüchige Stellen ausgebessert“, erklärt der GdP-Vorsitzende.

Später habe sich sogar ein etwa 60 Zentimeter langes und mehrere Kilo schweres Fassadenteil gelöst, sei auf den Vorplatz des Gebäudes gestürzt und durch die Wucht des Aufpralls in alle Richtungen zerplatzt. Nur glücklichen Umständen sei es zu verdanken

gewesen, dass niemand verletzt worden sei. „Durch den starken Wind lösen sich immer wieder Teile, die sowohl in den Innenhof als auch auf den Vorplatz des Gebäudes stürzen und die Kollegen und Passanten gefährden könnten“, so die Befürchtung Berndts.

Durch die GMSH würden derzeit Flächen zur Straße hin sowie Zugänge an der Vorder- und Rückseite durch ein Gerüst mit Stahlplatten und der Gefahrenbereiche mit einem Stahlzaun gesichert. In den nächsten Wochen und Monaten sei deshalb geplant, zur Sicherheit das gesamte Gebäude einzurüsten und mit Netzen zu versehen, und wahrscheinlich so lange, bis ein neues Gebäude fertiggestellt sei. „Das könnte bekanntlich noch viele Jahre dauern und viele Millionen Euro für das Gerüst verschlingen“, gibt der GdP-Vorsitzende zu bedenken. Hinzu komme auch noch, dass das Dämmmaterial hinter der Fassade kein Brandschutz gewährleisten könne. Aus diesem Grund dürfe oberhalb des Erdgeschosses kein Kollege mehr übernachten. Das Szenario eines Fassadenbrandes, so wie in England, wäre auch denkbar.

Peter Berndt zeigte sich verärgert: „Seit zweieinhalb Jahren versucht das Ministerium erfolglos, ein Grundstück zu erwerben. Es ist nicht zu verstehen, dass das bis heute noch nicht zum Abschluss gebracht werden konnte“. Mittlerweile seien alle Mitarbeiter, die in diesem Dienstgebäude arbeiten, und Besucher gefährdet. „Wir fühlen uns einfach im Stich gelassen. So kann es jedenfalls nicht weitergehen“, beklagt der GdP-Chef keinen Fortschritt bei den Neubauplanungen. Er wisse, dass bis zur Fertigstellung eines Neubaus noch viele Jahre vergehen würden, aber seitens des Ministeriums sollten endlich Nägel mit Köpfen gemacht und die Sache ernsthaft angepackt werden.

„Das ist man unseren Kolleginnen und Kollegen, die in diesem maroden Dienstgebäude schon so lange Dienst machen, einfach schuldig“, stellt Peter Berndt fest. Dirk Hundertmark, der Sprecher des Innenministeriums, teilte im Zusammenhang mit dem Itzehoer Dienstgebäude mit, dass die Verhandlungen und Gespräche laufen würden. Wie Hundertmark weiter ausführte, werde nach Aussage des für die GMSH zuständigen Finanzministeriums in Absprache mit dem Innenministerium der Standort Alsengeleände favorisiert. Momentan befinde sich das Land mit der Stadt in einem kooperativen Verfahren zur Wertermittlung des Grundstücks. An der Neubaulösung werde demnach weiter festgehalten, so Dirk Hundertmark. ■

ORGANISATION

Kriminaldauerdienst ging an den Start!

Flensburg – Eine Forderung unserer Gewerkschaft, vorbereitende Arbeiten der landesweiten Arbeitsgruppen zum Kriminaldauerdienst (KDD) und die Erstellung der erforderlichen Verfügungen – all dies ist nun erledigt. Der Vergangenheit gehören nun auch Bereitschaftsdienste der Sachbearbeiter aus den Kommissariaten und Kriminalpolizeistellen der BKI Flensburg an.

Am 3. Februar um sechs Uhr fiel mit der ersten Frühschicht der Startschuss für den Kriminaldauerdienst in der Polizeidirektion Flensburg. Aus diesem Anlass begrüßte der Regionalgruppenvorsitzende der GdP RG Nord, Michael Carstensen, zusammen mit

dem Vorsitzenden des Örtlichen Personalrates der PD Flensburg, Bernd Carstensen, die Kolleginnen und Kollegen direkt an ihrem neuen Arbeitsplatz. Bisher stehen am Standort Norderhofenden in Flensburg zwei neu eingerichtete Büroräume für den KDD sowie ein Büro für den Leiter zur Verfügung. Der Platzbedarf der neuen Dienststelle ist jedoch deutlich größer. Die Behörde ist bemüht, den größeren Raumbedarf am Standort zeitnah zu befriedigen. Die GdP-RG Nord wird darauf drängen, dass die Wartezeit bis zur Bereitstellung weiterer Räume für den KDD nicht zu lange dauert, zumal den Mitarbeitern derzeit beispielsweise keine Umkleideschränke oder

vernünftige Lagermöglichkeiten für die persönliche Einsatzrüstung zur Verfügung stehen. Dennoch stellte Michael Carstensen fest, dass die Stimmung der Mitarbeiter gut sei und sie sich hoch motiviert auf ihre neue Aufgabe und die neue Dienststelle freuten. ■



Foto: GdP Schleswig-Holstein

Kiel



Oslo

Kiel



ab **201,-** * p.P.
* Einzelkabine ab zzgl. 60 €

30 Jahre Color-Line

Color Line Special: Mini-Kreuzfahrt vom

**inkl.
Halbpension
und Getränke**

1. bis 3. November 2020

Reiseverlauf

- 1. Tag: Abfahrt Kiel 14 Uhr
- 2. Tag: Ankunft Oslo 10 Uhr
Abfahrt Oslo 14 Uhr
- 3. Tag: Ankunft Kiel 10 Uhr

Extras:

- Stadtrundfahrt Oslo-Highlights, pro Person 43,90 EUR
- 3-Sterne Meerblickkabine: pro Person 62,00 EUR

Leistungen, die überzeugen:

- Schiffsreise Kiel – Oslo – Kiel
- Unterbringung in einer ***-Sterne 2-Bett- oder Doppelkabine (innen)
- 2 x Abendbüfett inklusive unlimitierter Getränke
- 2 x Frühstücksbüfett

Reisetermin:

1. November 2020 **201,00 EUR**
 Einzelkabine + 60,00 EUR



Information und Buchung:

PSW-Reisen Lübeck PSW-Reisen Kiel
 Hans-Böckler-Str. 2 Max-Giese-Str. 22
 23560 Lübeck 24116 Kiel
 Fon 0451 - 502 17 36 Fon 0431 - 17093
 Fax 0451 - 502 17 58 Fax 0431 - 17092
 E-Mail: psw-reisen.luebeck@t-online.de

psw-tours.de

Weitere Informationen und Angebote
im Internet unter www.psw-tours.de

Veranstalter: Color Line GmbH Norwegenkai, 24143 Kiel

Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten.



RÜCKBLICK

ANMERKUNGEN VON SUSANNE RIECKHOF

Und was sonst noch so war ...

3. Februar

Nach dem überaus gelungenen 70. Geburtstag der GdP in der Kieler Sparkassenarena, schauen wir uns die weiteren Räumlichkeiten unter dem Blickwinkel der Planungen für den 32. Delegiertentages im November 2021 an.

11. Februar

Der Landeskontrollausschuss tagt auf der Geschäftsstelle. Der Landesvorsitzende Torsten Jäger und ich stehen ihm Rede und Antwort.

13. Februar

Verena Müller und Sebastian Thiel vom Behördenspiegel kommen zu Besuch, um gemeinsam einen „Polizeitag“ in Kiel zu planen. Dieser soll voraussichtlich am 17. November 2020 im Hotel „Atlantik“ stattfinden und sich mit den Änderungen des LVwG befassen.

17. Februar

Gespräch mit Innenminister Grote und Staatssekretär Geerds: Gemeinsam mit Torsten Jäger, Andreas Kropius und Thomas Mertin stellen wir unser fortentwickeltes Positionspapier „Wie viel Polizei braucht Schleswig-Holstein? Welche Polizei braucht Schleswig-Holstein?“ in der Version 2.0 vor. In freundlicher Atmosphäre diskutieren wir



Fotos: GdP Schleswig-Holstein

einzelne Aspekte des Papiers, v.a. aber auch die Fragen der 2. Einsatzhundertschaft.

18. Februar

Am darauffolgenden Tag dürfen wir das Papier dann in einem Pressegespräch den interessierten Medienvertretern vorstellen und erklären. Journalisten von dpa, NDR, RTL Nord, RSH, shz und den Kieler Nachrichten nehmen unsere Einladung gern an und diskutieren mit uns die einzelnen Aspekte. Bereits am Nachmittag und am Abend sowie am folgenden Tag findet dies ein positives Echo in der schleswig-holsteinischen Medienlandschaft.

19. Februar

Start einer so wichtigen und überfälligen DGB-Kampagne in Berlin: Gemeinsam mit



Jörn Löwenstrom und Bernd Möller erleben eine gelungene Auftaktveranstaltung zum Thema „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen und privatisierten Sektors“. Wir hören das eindrucksvolle Plädoyer einer ehemaligen Staatsanwältin, die jetzt Po-

lizeipräsidenten von Gelsenkirchen geworden ist. Britta Zur macht deutlich, dass sich niemand Beleidigungen oder gar tätliche Angriffe gefallen lassen muss. Sie plädiert für eine konsequente Verfolgung und Ahndung derartiger Straftaten und appelliert an die Vorgesetzten, es den Mitarbeitern so einfach wie möglich zu machen, negative Geschehnisse zur Anzeige zu bringen.

Nebenbei lernen wir in den beiden Workshops noch eine für uns neue Methode kennen: Graphic Recording. Dabei hält der Künstler die wesentlichen Inhalte der Diskussion auf einer Leinwand fest. Das ist den beiden Künstlerinnen in Berlin eindrucksvoll gelungen (siehe Bilder oben).

20. Februar

19. HUPF-Sponsoren-Essen. Wieder eine sehr gelungene Veranstaltung im Hotel Maritim in Kiel.

26. Februar

Die Vertreter von der Signal Iduna/PVAG betonen noch einmal den **fünfprozentigen Beitragsvorteil für GdP-Mitglieder** bei allen Sach- und Haftpflichtversicherungen. Außerdem hätten GdP-Mitglieder Zugang zu günstigeren Gefahrengruppen, was die Tarife noch attraktiver mache. Auch besprechen wir eine Beteiligung der PVAG an dem bevorstehenden Familientag der GdP, der am 6. September 2020 im Hansapark stattfinden werde.

28. Februar

Erneute Besprechung unserer bevorstehenden Kooperationsveranstaltung „Unsere Polizei - Garant für eine wehrhafte Demokratie!“ – dieses Mal bei dem von uns engagierten Moderator Carsten Kock bei RSH im Kieler Wittland.

Die Einladungen sind raus – jetzt darf uns Corona keinen Strich durch die Rechnung machen. ■